

# **Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung (BGS-EWS) vom 16.11.1993**

Aufgrund der Art. 5, 8 und 9 des Kommunalabgabengesetzes erläßt die Gemeinde Birkenfeld folgende, vom Landratsamt Main-Spessart, Karlstadt, mit Schreiben vom 09.11.1993, Az.: 210-632, 863, rechtsaufsichtlich genehmigte

## **Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung**

### **§ 1 Beitragserhebung**

Die Gemeinde erhebt zur Deckung ihres Aufwandes für die Herstellung der getrennten Entwässerungseinrichtungen in den Ortsteilen Birkenfeld und Billingshausen einen Beitrag.

### **§ 2 Beitragstatbestand**

Der Beitrag wird für bebaute, bebaubare oder gewerblich genutzte oder gewerblich nutzbare sowie für solche Grundstücke und befestigte Flächen erhoben, auf denen Abwasser anfällt wenn,

1. für sie nach § 4 EWS ein Recht zum Anschluß an die Entwässerungseinrichtung besteht,
2. sie an die Entwässerungseinrichtung tatsächlich angeschlossen sind, oder
3. sie aufgrund einer Sondervereinbarung nach § 7 EWS an die Entwässerungseinrichtung angeschlossen werden.

### **§ 3 Entstehen der Beitragsschuld**

(1) Die Beitragsschuld entsteht im Falle des

1. § 2 Nr. 1, sobald das Grundstück an die Entwässerungseinrichtung angeschlossen werden kann,
2. § 2 Nr. 2, sobald das Grundstück an die Entwässerungseinrichtung angeschlossen ist,
3. § 2 Nr. 3 mit Abschluß der Sondervereinbarung.

Wenn der in Satz 1 genannte Zeitpunkt vor dem Inkrafttreten dieser Satzung liegt, entsteht die Beitragsschuld erst mit Inkrafttreten dieser Satzung.

(2) Wird eine Veränderung der Fläche, der Bebauung oder der Nutzung des Grundstücks vorgenommen, die beitragsrechtliche Auswirkungen hat, entsteht die Beitragsschuld mit dem Abschluß der Maßnahme.

(3) Wird ein zunächst nicht an das Kanalnetz anschließbares Grundstück (nicht anschließbares Grundstück) später doch noch an das Kanalnetz angeschlossen oder kann es, nachdem es zunächst nicht angeschlossen werden konnte, später doch noch angeschlossen werden, entsteht mit diesem späteren Zeitpunkt die Beitragsschuld für dieses Grundstück nach den für an das Kanalnetz anschließbare Grundstücke (anschließbare Grundstücke) geltenden Regelungen. Bereits bezahlte Beiträge nach den für nicht anschließbare Grundstücke geltenden Regelungen werden mit dem Betrag angerechnet, der sich im Zeitpunkt des Entstehens der neu zu berechnenden Beitragsschuld bei gleicher Geschoßfläche für ein nicht anschließbares Grundstück ergeben würde.

## **§ 4 Beitragsschuldner**

Beitragsschuldner ist, wer im Zeitpunkt des Entstehens der Beitragsschuld Eigentümer des Grundstücks oder Erbbauberechtigter ist.

## **§ 5 Beitragsmaßstab**

- (1) Der Beitrag wird nach der Grundstücksfläche und der Geschossfläche der vorhandenen Gebäude berechnet. Die beitragspflichtige Grundstücksfläche wird bei Grundstücken in unbeplanten Gebieten von mindestens 1.500 m<sup>2</sup> Fläche (übergroße Grundstücke) auf das Dreifache der beitragspflichtigen Geschossfläche, mindestens jedoch 1.500 m<sup>2</sup> begrenzt.
- (2) Die Geschossfläche ist nach den Außenmaßen der Gebäude in allen Geschossen zu ermitteln. Keller werden mit der vollen Fläche herangezogen. Dachgeschosse werden nur herangezogen, soweit sie ausgebaut sind; als beitragspflichtige Fläche werden zwei Drittel der unter dem ausgebauten/teilausgebauten Dachgeschoss liegenden Geschossfläche zugrunde gelegt. Bei Dachgeschossen, die nur teilweise ausgebaut sind, werden nur die teilausgebauten Geschossflächen entsprechend Satz 3 berechnet. Gebäude oder selbstständige Gebäudeteile, die nach der Art ihrer Nutzung keinen Bedarf nach Anschluss an die Schmutzwasserableitung auslösen oder die nicht angeschlossen werden dürfen, werden nicht zum Geschossflächenbeitrag herangezogen; das gilt nicht für Gebäude oder Gebäudeteile, die tatsächlich an die Schmutzwasserableitung angeschlossen sind. Balkone, Loggien und Terrassen bleiben außer Ansatz, wenn und soweit sie über die Gebäudefluchtlinie hinausragen.
- (3) Bei Grundstücken, für die eine gewerbliche Nutzung ohne Bebauung zulässig ist, werden als Geschossfläche 40 v.H. der Grundstücksfläche in Ansatz gebracht; das Gleiche gilt, wenn auf einem Grundstück die zulässige Bebauung im Verhältnis zur gewerblichen Nutzung nur untergeordnete Bedeutung hat.
- (4) Bei sonstigen unbebauten Grundstücken ist die anzusetzende Geschossfläche nach der in der näheren Umgebung vorhandenen Bebauung zu ermitteln; anzusetzen ist das durchschnittliche Maß der tatsächlichen baulichen Ausnutzung der Grundstücke in der näheren Umgebung. Fehlt es an der heranziehbaren Bebauung, so sind 40 v.H. der Grundstücksfläche als Geschossfläche anzusetzen.
- (5) Wird ein Grundstück vergrößert und wurden für diese Flächen noch keine Beiträge geleistet, so entsteht die Beitragspflicht auch hierfür. Gleiches gilt im Falle der Geschossflächenvergrößerung für die zusätzlich geschaffenen Geschossflächen. Gleiches gilt für alle sonstigen Veränderungen, die nach Absatz 2 für die Beitragsbemessung von Bedeutung sind. Die beim Inkrafttreten dieser Satzung vorhandene Geschossfläche, die bereits nach altem Recht abgerechnet wurde bzw. als abgerechnet angesehen werden muss, gilt als abgegolten.
- (6) Wird ein unbebautes Grundstück, für das ein Beitrag nach Abs. 3 oder Abs. 4 festgesetzt worden ist, später bebaut, so wird der Beitrag nach Absatz 1 neu berechnet. Dem so zu ermittelnden Betrag ist der Betrag gegenüber zu stellen, der sich im Zeitpunkt des Entstehens der neu zu berechnenden Beitragsschuld (§ 3 Abs. 2) bei Ansatz der nach Abs. 3 oder Abs. 4 berücksichtigten Geschossfläche ergeben würde. Der Unterschieds-

betrag ist nachzuentrichten. Ergibt die Gegenüberstellung eine Überzahlung, so ist für die Berechnung des Erstattungsbetrages auf den Beitragssatz abzustellen, nach dem der ursprüngliche Beitrag entrichtet wurde. Der Erstattungsbetrag ist vom Zeitpunkt der Entrichtung des ursprünglichen Beitrages an nach § 238 AO zu verzinsen.

- (7) Wenn vor dem Inkrafttreten der Satzung für ein unbebautes, aber bebaubares Grundstück ein Mindestbeitrag nach dem umbauten Raum festgesetzt worden war, so wird ein Drittel des veranlagten umbauten Raumes als abgegotene Geschossfläche betrachtet.

## **§ 6 Beitragssatz**

Der Beitrag beträgt für anschließbare Grundstücke i.S. v. § 3 Abs. .3

pro m <sup>2</sup> Grundstücksfläche	1,22 Euro
pro m <sup>2</sup> Geschoßfläche	8,11 Euro

## **§ 7 Fälligkeit**

Der Beitrag wird einen Monat nach Zustellung des Beitragsbescheides fällig.

## **§ 8 Erstattung der Kosten für Grundstücksanschlüsse**

- (1) Die Kosten für die Herstellung, Erneuerung, Veränderung und Beseitigung sowie für die Unterhaltung der Grundstücksanschlüsse werden wie folgt getragen:
- a) für das Teilstück vom Kanal bis zur Grundstücksgrenze von der Gemeinde
  - b) für das Teilstück von der Grundstücksgrenze bis zum Kontrollschacht in der jeweils tatsächlich entstandenen Höhe vom Grundstückseigentümer

Bis zum 31.12.1996 gilt folgende Fassung:

Die Kosten für Grundstücksanschlüsse sind von der Versorgungsleitung bis zur Übergabestelle in der jeweils tatsächlich entstandenen Höhe vom Grundstückseigentümer zu erstatten.

- (2) Der Erstattungsanspruch entsteht mit Abschluß der jeweiligen Maßnahme. Schuldner ist, wer im Zeitpunkt des Entstehens des Erstattungsanspruchs Eigentümer des Grundstücks- oder Erbbauberechtigter ist. § 7 gilt entsprechend.
- (3) Für bebaubare oder gewerblich nutzbare Grundstücke, die dem Anschlußzwang noch nicht unterliegen, entsteht der Erstattungsanspruch auch dann, wenn der Grundstücksanschluß deshalb hergestellt wurde, weil der Bau oder die Erneuerung der öffentlichen Straße und des in dieser Straße liegenden bzw. zu verlegenden Kanals, an den das Grundstück bei Entstehen des Anschlußzwanges anzuschließen ist, unmittelbar bevorsteht.

## **§ 9 Gebührenerhebung**

Die Gemeinde erhebt für die Benutzung der Entwässerungseinrichtung von anschließbaren Grundstücken i.S. v. § 3 Abs. 3 Einleitungsgebühren.

## **§ 10 Einleitungsgebühr**

- (1) Die Einleitungsgebühr wird nach Maßgabe der nachfolgenden Absätze nach der Menge des Abwassers berechnet, das der Entwässerungsanlage von den angeschlossenen Grundstücken zugeführt wird.

Die Gebühr beträgt in den Ortsteilen Birkenfeld und Billingshausen 1,84 €

pro m<sup>3</sup> entnommenen Wassers.

- (2) Als Abwassermenge gelten die dem Grundstück aus der Wasserversorgungsanlage zugeführten Wassermengen abzüglich der nachweislich auf dem Grundstück verbrauchten oder zurückgehaltenen sowie der als Spritzwasser für landwirtschaftliche Grundstücke oder als Gartenwasser verwendeten Wassermengen, soweit der Abzug nicht nach Abs. 5 ausgeschlossen ist. Der Nachweis der verbrauchten, zurückgehaltenen oder als Spritzwasser verwendeten Wassermengen obliegt dem Gebührenpflichtigen.

Bei landwirtschaftlichen Betrieben mit Großviehhaltung gilt für jedes Stück Großvieh eine Wassermenge von 10 cbm/Jahr als nachgewiesen. Maßgebend ist die am 03.12. des Vorjahres gehaltene Viehzahl. Mit Einwilligung des Viehhalters kann dabei auf das Ergebnis der allgemeinen Viehzählung nach dem Viehzählungsgesetz zurückgegriffen werden, sofern nicht nachgewiesen wird, daß es von der im Vorjahr durchschnittlich gehaltenen Viehzahl abweicht. Die Viehzählung darf nicht länger als 2 Jahre vor der jeweiligen Abrechnung (§ 15) stattgefunden haben. Hinsichtlich des Spritzwassers gilt pro Hektar bewirtschaftetem Ackerland eine Wassermenge von 11 cbm/Jahr als nachgewiesen. Zum Nachweis des bewirtschafteten Ackerlandes ist der Gemeinde der Flächennachweis vorzulegen. Anerkannt werden nur Flächen, die in der Gemarkung Birkenfeld und Billingshausen oder in unmittelbar angrenzenden Gemarkungen liegen.

- (3) Als dem Grundstück aus einer Eigengewinnungsanlage zugeführte Wassermenge werden pauschal 10 cbm/Jahr und Einwohner angesetzt. Es steht dem Gebührenpflichtigen frei, den Nachweis eines niedrigeren Wasserverbrauchs zu führen. Bei gewerblicher Nutzung des Wassers aus einer Eigengewinnungsanlage ist die der Abwasseranlage zugeführte Abwassermenge durch einen Wasserzähler am Zisternenauslauf festzustellen. Die Kosten für den Einbau und die Unterhaltung des Wasserzählers trägt der Grundstückseigentümer.
- (4) Die Wassermengen werden durch Wasserzähler ermittelt. Sie sind von der Gemeinde zu schätzen, wenn
1. ein Wasserzähler nicht vorhanden ist oder
  2. der Zutritt zum Wasserzähler oder dessen Ablesung nicht ermöglicht wird, oder
  3. sich konkrete Anhaltspunkte dafür ergeben, daß der Wasserzähler den wirklichen Wasserverbrauch nicht angibt.

Für Grundstücke mit einem Hausgartenwasseranschluß, die nicht über einen eigenen Wasserzähler für diesen Anschluß verfügen, können auf Antrag 5 cbm/Jahr vom Wasserverbrauch abgezogen werden.

(5) Vom Abzug nach Absatz 2 sind ausgeschlossen

- a) das hauswirtschaftlich genutzte Wasser,
- b) das zur Speisung von Heizungsanlage verbrauchte Wasser.

## **§ 11 Gebührenzuschläge**

(1) Für Abwässer, deren Beseitigung einschließlich der Klärschlammabeseitigung (Beseitigung) Kosten verursacht, die die durchschnittlichen Kosten der Beseitigung von mehr als 30 v.H. (Grenzwert) übersteigen, wird ein Zuschlag in Höhe des den Grenzwert übersteigenden Prozentsatzes des Kubikmeterpreises erhoben.

## **§ 12 Gebührenabschläge**

Wird bei anschließbaren Grundstücken i.S. v. § 3 Abs. 3 vor Einleitung der Abwässer in die Entwässerungsanlage eine Vorklärung oder sonstige Vorbehandlung der Abwässer auf dem Grundstück verlangt, so ermäßigen sich die Einleitungsgebühren entsprechend. Die Höhe der Ermäßigung wird im Einzelfall nach Anhörung des Wasserwirtschaftsamtes festgesetzt.

Eine Ermäßigung ist ausgeschlossen für Grundstücke mit gewerblichen oder sonstigen Betrieben, bei denen die Vorklärung oder Vorbehandlung lediglich bewirkt, daß die Abwässer dem durchschnittlichen Verschmutzungsgrad oder der üblichen Verschmutzungsart der eingeleiteten Abwässer entsprechen.

## **§ 13 Entstehen der Gebührenschuld**

Die Einleitungsgebühr entsteht mit jeder Einleitung von Abwasser in die Entwässerungsanlage.

## **§ 14 Gebührensschuldner**

Gebührensschuldner ist, wer im Zeitpunkt des Entstehens der Gebührenschuld Eigentümer des Grundstücks oder ähnlich zur Nutzung des Grundstücks dinglich berechtigt ist. Gebührensschuldner ist auch der Inhaber eines auf dem Grundstück befindlichen Betriebs. Mehrere Gebührensschuldner sind Gesamtschuldner.

## **§ 15 Abrechnung, Fälligkeit, Vorauszahlung**

- (1) Die Einleitung bzw. Beseitigung wird jährlich abgerechnet. Die Einleitungsgebühr wird einen Monat nach Zustellung des Gebührenbescheides fällig.
- (2) Auf die Gebührenschuld sind zum 15.02., 15.05., 15.08. und 15.11. jedes Jahres Vorauszahlungen in Höhe eines Viertels der Jahresabrechnung des Vorjahres zu leisten. Fehlt eine solche Vorjahresabrechnung, so setzt die Gemeinde die Höhe der Vorauszahlungen unter Schätzung der Jahresgesamteinleitung fest.

**§ 16**  
**Pflichten der Beitrags- und Gebührenschuldner**

Die Beitrags- und Gebührenschuldner sind verpflichtet, der Gemeinde für die Höhe der Schuld maßgebliche Veränderungen unverzüglich zu melden und über den Umfang dieser Veränderungen - auf Verlangen auch unter Vorlage entsprechender Unterlagen - Auskunft zu erteilen.

**§ 17**  
**Inkrafttreten**

- (1) Diese Satzung tritt am 01.01.1994 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Satzung vom 17.12.1987 außer Kraft.

Birkenfeld, 16.11.1993

GEMEINDE BIRKENFELD

Redelberger  
1. Bürgermeister

**§ 5 Abs. 2 geändert durch Satzung vom 12.05.2011; AMBl. Nr. 06/2011**

**§ 10 Abs. 1 geändert durch Satzung vom 22.11.2011; AMBl. Nr. 11/2011**